

rend Keynes eher auf Krisenprävention gesetzt hat. »The problem of the long-run demand for investment, on which Keynes differed from Marshall, gave way to concern over fluctuations in demand for investment in the course of the business cycle« (Sweezy 1986: 48). Überdies vernachlässigten diese Nachfolger den Aspekt der Einkommensumverteilung zur Stabilisierung des Systems. Ihre zentralen wirtschaftspolitischen Empfehlungen lagen somit darin, den Konjunkturschwankungen diskretionär entgegenzuwirken, indem die Nachfrage in Abschwüngen über eine expansive Finanzpolitik und sinkende Zinsen erhöht und in Boomphasen über eine gegenteilige Politik vermindert wird.

Das Staatsverständnis in der monetaristischen Theorie

Überblick

Der Monetarismus, der oft als Gegenrevolution zum Keynesianismus dargestellt wird, gewann seine politische Bedeutung in einer Zeit, in der die Inflation zu einem zentralen Problem wurde (vgl. Johnson 1971: 8). Sein wichtigster Vertreter ist Milton Friedman, auf den ich mich im Folgenden hauptsächlich beziehen werde.⁴² Der Monetarismus kann als Fortentwicklung der neoklassischen Theorie bezeichnet werden.⁴³ Grundlegend ist die Annahme der inhärenten Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems. Schwankungen werden von (exogenen) Schocks herbeigeführt (vgl. Heine/Herr 2003: 518), aber eigenständig und schnell ausgeglichen (vgl. Mayer 1978: 25). Die Koordinationsprobleme (v.a. von Sparen und Investieren bzw. Liquiditätsangebot und -nachfrage), die bei Keynes zentral sind, sowie das Problem des sich daraus ergebenden effektiven Nachfragemangels werden – anknüpfend an das Say'sche Theorem – verneint (vgl. Heine/Herr 2003: 518). Das Güterangebot wird von der Angebotsseite bzw. dem Arbeitsmarkt her bestimmt. Veränderungen im Output werden somit langfristig von realen Faktoren wie Unternehmungslust, Struktur von Industrie und Staat, Investitionspotential

42 Samuelson (1971: 8) sagte einmal, Friedman könne über sich selbst sagen »Monetarism, that's me.« Der Bezug auf Friedman ist auch wichtig, um zu einem einheitlichen Staatsverständnis zu kommen, denn »[t]here are almost as many versions of monetarism as there are monetarists« (Allsopp 1989: 197). Ob der Monetarismus als eigenständige ›Theorie‹ bezeichnet werden kann, ist umstritten, Snowdon et al. 2002 widmen ihm ein ganzes Kapitel, während Felderer/Homburg (2003: 231) ihn mit dem Satz »Der Monetarismus ist die Bezeichnung für eine bunte Ansammlung von theoretischen Visionen und Modellen« abhandeln.

43 Heine/Herr 2003 sprechen von »monetärer neoklassischer Makroökonomie«.

len, Technik etc. hervorgerufen (vgl. Friedman/Heller 1969: 47; Friedman 1970: 24).

Eine weiteres wesentliches Element des Monetarismus ist die Wiedereinführung und Neubegründung der Quantitätstheorie, die besagt, dass Geld keinen Einfluss auf die reale Seite der Ökonomie hat.⁴⁴ Friedman bezieht sich für die Neubegründung der Theorie auf die alte Fisher'sche Quantitätsgleichung ($M \cdot v = Y^r \cdot P$, Geldmenge \cdot Umlaufgeschwindigkeit = realer Output \cdot Preisniveau), konzeptioniert diese jedoch als Theorie der Geldnachfrage, die bei ihm stabil ist. Damit ist auch die Umlaufgeschwindigkeit stabil (vgl. Snowdon et al. 2002: 140). Da das reale Angebot von den Angebotsbedingungen (s.o.) bestimmt wird, hat die exogene Geldmenge nur mehr Einfluss auf das Preisniveau, bestimmt lediglich das nominale Einkommen. Weil die aggregierte nominale Nachfrage hauptsächlich von der – stabilen – Geldnachfrage und dem Geldangebot abhängig ist (vgl. Mayer 1978: 23), ergibt sich für die Sicherstellung der nominalen makroökonomischen Stabilität die Notwendigkeit einer festen Geldmengenwachstumsregel (vgl. Snowdon et al. 2002: 163).

Bezüglich des Arbeitsmarktes stellt Friedman (1968) das Konzept der natürlichen Rate der Unterbeschäftigung auf. Bei dieser Rate ist der Arbeitsmarkt geräumt und es gibt einen Vollbeschäftigungsreallohn (vgl. Blaug 1999: 679). Die in dieser Situation bestehende Arbeitslosigkeit ist freiwillig oder Sucharbeitslosigkeit, sie ist überdies verursacht von strukturellen Faktoren, Arbeitsmarktunvollkommenheiten, Sozialtransfers etc., nicht jedoch von fehlender effektiver Nachfrage.⁴⁵ Die Ursachen der Arbeitslosigkeit werden also (im Gegensatz zu Keynes) auf dem Arbeitsmarkt gesucht und können auch nur dort, d.h. über eine erhöhte Flexibilität, verbesserte Informationen etc. beseitigt werden (vgl. Friedman 1976: 146). Der Versuch, die Arbeitslosigkeit mit Hilfe makroökonomischer Politik unter die natürliche Rate zu senken, kann nach diesem Konzept nur kurzfristig erfolgreich sein: Eine Erhöhung der Geldmenge⁴⁶ führt zuerst zu einer steigenden Nachfrage nach Gütern⁴⁷

44 Da dieser Punkt für die Finanzpolitik nicht entscheidend ist, wird er hier nur sehr verkürzt behandelt, für eine ausführlichere Darstellung vgl. bspw. Friedman 1976: 154; Kromphardt 2004: 225.

45 Definition nach Friedman (1976: 144): »Das ›natürliche Unterbeschäftigungsniveau‹ ist mit anderen Worten jenes, das sich aus dem Walrasianischen Gleichgewichtssystem ergeben würde, vorausgesetzt, die aktuellen Strukturcharakteristika der Arbeits- und Gütermärkte sind eingebaut, und zwar einschließlich Marktunvollkommenheiten, Zufallsvariabilität von Angebot und Nachfrage, Kosten der Informationsbeschaffung über freie Stellen und Arbeitsreserven, Mobilitätskosten.«

46 Zur Unwirksamkeit der Fiskalpolitik s.u. den Abschnitt ›Stabilisierung‹.

und somit auch nach Arbeitskräften. Neue Arbeitskräfte können aber nur zu höheren Nominallöhnen eingestellt werden, wozu die Arbeitgeber bereit sind, da sie zuvor antizipiert haben, dass auch das Preisniveau aufgrund der höheren Güternachfrage gestiegen ist, die Reallöhne also konstant bleiben. Die Arbeitnehmer hingegen unterliegen einer Geldillusion und gehen von höheren Reallöhnen aus. Sobald sie jedoch das gestiegene Preisniveau ebenfalls bemerken, führen sie ihr Arbeitsangebot auf das alte Niveau zurück, die Arbeitslosigkeit liegt wieder bei der natürlichen Rate, nur das Preisniveau ist gestiegen.⁴⁸ Die Wirkungen der Geldpolitik könnten einzig dann längerfristig aufrecht erhalten werden, wenn die Geldmenge immer weiter ausgedehnt wird, d.h. auf Kosten einer immer stärker steigenden Inflation (vgl. Friedman 1976: 147).

Dieser Ansatz wird dem bis dahin vorherrschende Konzept der Phillipskurve entgegen gesetzt, nach dem ein Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation besteht, der es der Politik ermöglicht, einen Punkt auf der Kurve zu wählen, d.h. eine Entscheidung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zu treffen (vgl. Snowdon et al. 2002: 195).⁴⁹ Dies ist aber nur möglich, wenn die Kurve stabil und geneigt ist. Nach Friedmans »expectations-augmented phillips-curve« (ebenda: 153) gibt es jedoch für jede Inflationserwartung eine eigene – kurzfristig geneigte – Phillipskurve, und in einer Situation mit der natürlichen Rate der Arbeitslosigkeit bzw. langfristig ist die Kurve vertikal, die erwarteten Inflationsänderungen entsprechen den tatsächlichen, es gibt keine realen Auswirkungen einer Geldmengenausweitung (vgl. Blaug 1999: 680).

47 Der Transmissionsmechanismus ist jedoch ein anderer als bei Keynes, der davon ausgeht, dass eine Erhöhung der Geldmenge zu einer Zinssenkung und damit einer steigenden Investitionsnachfrage führt. Bei den Monetaristen führt eine Erhöhung der Geldmenge zu einer Umstrukturierung des Portfolios, das nicht nur Bargeld und Wertpapiere, sondern auch andere Vermögensformen sowie Realaktiva enthält. Somit steigt auch die Konsumnachfrage, der Zins muss sich jedoch nicht verändern (vgl. Kalmbach 1973: 27f).

48 Für eine ausführlichere Darstellung vgl. bspw. Friedman 1976: 146f; Heine/Herr 2003: 288ff.

49 Einige Autoren stellen die Phillipskurve als Teil der keynesianischen – d.h. als Weiterentwicklung der Keynes'schen – Theorie dar (vgl. Mayer 1978: 45), andere meinen, dass dieser Zusammenhang nicht dem keynesianischen Denken entspricht (vgl. Heine/Herr 2003: 278).

Staatsaufgaben

Literatur, die sich explizit mit dem monetaristischen Staatsverständnis auseinandersetzt, gibt es kaum. Dies ist damit zu erklären, dass Monetaristen dem Staat keine bedeutende Rolle zuweisen. Aus den Annahmen der inhärenten Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems, der Unwirksamkeit der Geldpolitik bei der Beeinflussung realer Größen und der natürlichen Rate der Unterbeschäftigung lässt sich leicht ableiten, dass staatliche Interventionen als nicht notwendig angesehen werden. Vielmehr werden sie als schädlich eingestuft: Neben der oben dargestellten inflationären Wirkung einer makroökonomischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist hier noch die Annahme der Wirkungsverzögerung insbesondere bei diskretionären wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu nennen, in deren Folge staatliche Interventionen oft prozyklisch wirken. Dies ist eine Form des Staatsversagens, ein Aspekt, auf den der Monetarismus ein besonderes Gewicht legt. Überdies wird staatliches Handeln oft als Befriedigung der Wünsche mächtiger Interessengruppen angesehen (vgl. Ziegler 1998: 199).

Zentrale Politikempfehlung ist somit, der Staat solle nicht ›stören‹, keine kurzfristigen Erwartungsirrtümer (auch wenn diese – ebenso kurzfristig – reale Effekte haben) erzeugen, sondern eine stetige, regelgebundene Politik verfolgen. Wichtig ist hierbei die Glaubwürdigkeit zur Erwartungsstabilisierung, was am besten über eine Selbstbindung der Politik sichergestellt wird (vgl. Heine/Herr 2003: 519). Bekanntestes Beispiel ist die Geldpolitik, die über eine stetige Geldmengenregel das Preisniveau sichern soll (vgl. Friedman 1976: 154). Eine aktive Politik wird nur auf der Angebotsseite als sinnvoll erachtet bzw. zur Sicherstellung eines Rahmens, in dem die Marktkräfte sich ungehindert entfalten können (vgl. Kromphardt 2004: 226).

Friedman (2002: 49) tritt neben den genannten Gründen auch aus einem wichtigen nicht-ökonomischen Grund für eine Beschneidung staatlicher Tätigkeiten ein: Er geht davon aus, dass der Staat die größte Bedrohung für die – bei ihm zentrale – Freiheit der Individuen ist. Somit ist eine seiner wichtigsten Fragen: »Wie können wir verhindern, dass die Regierung, die wir geschaffen haben, ein Monster wie ›Frankenstein‹ wird, das schließlich die Freiheit vernichtet, zu deren Schutz wir die Regierung doch überhaupt erst eingesetzt haben?« (ebenda: 24).

Allokation

Monetaristen beschäftigen sich nicht sehr intensiv mit Details der Allokation, da die Annahme der inhärenten Stabilität des privaten Sektors wenig Anlass hierzu bietet (vgl. Mayer 1978: 26).⁵⁰ Diese Stabilität ist jedoch nur dann gegeben, wenn vollkommener Wettbewerb herrscht, somit hat der Staat die Aufgabe, diesen zu gewährleisten. Bezüglich der Sicherstellung des Wettbewerbs auf dem Gütermarkt tritt Friedman bei technischen Monopolen – bei denen es sich häufig um öffentliche Daseinsvorsorge (Elektrizität, Transport etc.) handelt – für maßvolle private Monopole anstelle von staatlichen oder öffentlicher Monopolkontrolle ein (vgl. Friedman 2002: 53). Er begründet dies mit den schlechten Erfahrungen, die man mit den beiden letztgenannten Möglichkeiten gemacht hat (vgl. ebenda: 52f) sowie damit, dass Staatsmonopole oft auch weiter bestehen, wenn die technischen Möglichkeiten für eine Auflösung gegeben wären. Überdies sind technische Monopole seiner Meinung nach seltener als angenommen (vgl. ebenda: 152). Ein Staatsmonopol ist nur bei unentbehrlichen Gütern oder Dienstleistungen zu akzeptieren (vgl. ebenda: 53). In Bezug auf öffentliche Güter mit allokativer Funktion plädiert Friedman dafür, diese Aufgabe wo immer möglich – d.h. dort, wo eine direkte, »preismäßige« Finanzierung realisierbar ist – an Private zu übertragen. So soll der Staat beispielsweise vielbefahrene Zufahrtstraßen unterhalten, Autobahnen mit der Möglichkeit von Mautsystemen sollen hingegen von Privaten betrieben werden (vgl. Nowotny 1999: 15). Auch wenn Friedman sich zu Subventionen nicht explizit äußert,⁵¹ kann man doch aus seiner Annahme der Überlegenheit marktwirtschaftlicher Steuerung schließen, dass er diese ablehnt, weil sie die marktliche Koordination verzerren.

Was den Arbeitsmarkt angeht, so schreibt Friedman dem Staat durchaus eine Rolle zu:

»Um Mißverständnisse zu vermeiden, lassen Sie mich betonen, daß ich mit dem Gebrauch des Terminus »natürliches« Unterbeschäftigungsniveau nicht etwa nahe legen möchte, daß es unwandelbar und unveränderlich sei. Im Gegenteil sind viele der dieses Niveau bestimmenden Marktcharakteristika Menschenwerk und Ergebnis der Wirtschaftspolitik« (Friedman 1976: 146).

50 Überdies wird davon ausgegangen, dass einzelne Sektoren keinen Einfluss auf das Preisniveau haben (dieses wird von der Geldmenge bestimmt) (vgl. ebenda S. 25).

51 Ich habe zumindest keine Aussage dazu von ihm gefunden.

Bei der zur Senkung der natürlichen Rate der Unterbeschäftigung notwendigen Angebotspolitik zur Verbesserung der Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmarkt und Industrie werden auch finanzpolitische Maßnahmen angesprochen, z.B. Privatisierungen zur Erhöhung der Flexibilität der Güter- und Dienstleistungsmärkte (vgl. Snowdon et al. 2002: 164).

Distribution

Im Bereich Distribution argumentiert Friedman (2002: 232) sowohl ökonomisch als auch ethisch und empirisch. So leitet er aus der liberalen Einstellung ab, dass gleiche Rechte und Möglichkeiten wichtig sind, gleiche Resultate und materielle Gleichheit jedoch nur ein Nebenprodukt der freiheitlichen Gesellschaft, nicht ihre Hauptberechtigung sein können. Empirischen Ergebnissen zufolge sind kapitalistische Systeme gleicher als andere und weisen überdies eine hohe soziale Mobilität auf (vgl. Friedman/Friedman 1983: 164ff). Friedman (2002: 193f) bezeichnet Ungleichheit als Ergebnis zweier ethischer Prinzipien der freien Marktwirtschaft: ›Jedem nach seiner Leistung‹ und ›Gleichbehandlung‹. Ungleichheit spiegelt somit unterschiedliche Tätigkeits- und Risikopräferenzen der Individuen wieder. Die Marktkräfte sorgen dafür, dass alle Produktionsfaktoren mit dem Äquivalent ihres Grenzertrags entlohnt werden (eine Form der Gleichheit), insofern ist Umverteilung nicht notwendig. Sie ist im Gegenteil sogar schädlich, denn sie verzerrt den Markt – nur eine Bezahlung im Verhältnis zur Leistung ermöglicht den freiwilligen Tausch und damit die marktförmige Allokation. Überdies verhindert Umverteilung die Setzung von Anreizen und die Lenkung durch Ungleichheit. Friedman tritt daher für die Kürzung von Sozialtransfers und die Reduzierung von Grenzsteuersätzen zur Erhöhung des Arbeitsanreizes ein (vgl. Snowdon et al. 2002: 163).

Ein weiteres Argument gegen Umverteilung bzw. den Sozialstaat ist Paternalismus. Dieser hat eine Einschränkung der persönlichen Freiheit zur Folge, was Friedman am Beispiel der staatlichen Rentenversicherung darstellt: Diese schränke die Freiheit ein, das Geld für andere Zwecke als die Altersvorsorge auszugeben und sich bewusst für einen niedrigen Lebensstandard im Alter zu entscheiden. Seiner Ansicht nach ist staatliches Eingreifen hier nur gerechtfertigt, wenn ein großer Teil der Menschen sich für diese Möglichkeit entscheide und die Gesellschaft im Alter für diese Menschen aufkommen müsse. Paternalistisches Eingreifen des Staates ist ansonsten nur bei geistig Behinderten und Kindern tragbar (vgl. Friedman 2002: 222), für diese beiden Gruppen

nicht voll Verantwortlicher soll der Staat Sorge tragen (vgl. ebenda: 57f).

Hinsichtlich öffentlicher Güter mit distributiver Funktion spricht Friedman sich ebenfalls gegen eine staatliche Bereitstellung aus. Wenn diese Güter einen beträchtlichen positiven Nutzen haben, soll der Staat ihre Bereitstellung jedoch fördern. Als Beispiel nennt er die Elementarbildung, die dazu dient, die Demokratie aufrecht zu erhalten (vgl. Friedman 2002: 109). Seine Forderung ist nun aber kein öffentliches Bildungswesen, sondern die Ausgabe von Bildungsgutscheinen, der Staat soll nur die Einhaltung bestimmter Minima garantieren (vgl. ebenda: 113). Gegen die staatliche Bereitstellung öffentlicher Güter sprechen auch deren häufige kontraproduktive Effekte, so führte der öffentliche Wohnungsbau entgegen der eigentlichen Zielsetzungen zu einer Abnahme von Sozialwohnungen und einer Zunahme der Jugendkriminalität (vgl. Friedman/Friedman 1983: 124ff). Grundlegend vertritt Friedman (2002: 211f) das Prinzip, jegliche soziale Unterstützung solle in Form von Geld erfolgen, damit nicht der Staat paternalistisch, sondern die Leistungsempfänger eigenständig entscheiden können, was sie benötigen. Zur Bekämpfung von Ungleichheit schlägt Friedman die Beseitigung von Marktunvollkommenheiten (Monopolprivilegien etc.) sowie eine Ausweitung der pädagogischen Möglichkeiten vor (vgl. ebenda: 209). Eine staatliche soziale Sicherung, die über die Armutsbekämpfung hinaus geht, lehnt er ab. Was letzteres angeht wäre zwar prinzipiell eine private Wohltätigkeit wünschenswerter, da diese jedoch aufgrund des free-rider Problems⁵² unwahrscheinlich ist, muss der Staat eingreifen. Als sinnvollstes Instrument wird eine negative Einkommensteuer genannt, da diese den Marktmechanismus nicht stört (vgl. Nowotny 1999: 16).

Stabilisierung

In diesem Bereich staatlicher Intervention treten die Unterschiede zwischen Keynes und den Monetaristen besonders deutlich hervor. Von der Annahme ausgehend, dass die Wirtschaft sich selbst stabilisiert, sind staatliche Interventionen mit diesem Ziel nicht notwendig. Greift der Staat dennoch ein, hat dies entweder keine oder negative, d.h. destabilisierende Wirkungen. Dies wird auf verschiedenste Weise begründet. Für die Geldpolitik wurde bereits oben die Unwirksamkeit bezüglich der Beeinflussung realer Größen und die daraus folgende Forderung nach einer

52 Jeder profitiert auch davon, wenn andere das Armutsproblem finanziell lindern (vgl. Friedman 2002: 227).

regelgebundenen Politik dargestellt. Im Folgenden soll es um die (Un-)Möglichkeiten finanzpolitischer Stabilisierung gehen.

Die bekannteste Begründung für die Unwirksamkeit finanzpolitischer Stabilisierung ist das sogenannte ›Crowding-Out‹: Der Versuch, die effektive Nachfrage durch eine Ausweitung staatlicher Ausgaben zu erhöhen, führt – so die Monetaristen – zu einer Abnahme der privaten Ausgaben. Dies ist über mehrere Wege möglich. Zum einen ist das *Zins-Crowding-Out* zu nennen (vgl. Heine/Herr 2003: 566): Wenn der Staat seine zusätzlichen Ausgaben über den Kapitalmarkt finanziert,⁵³ verdrängt er die private Kreditaufnahme. Die zusätzliche Nachfrage verschiebt die Kapitalnachfragefunktion, nicht jedoch die Kapitalangebotsfunktion (da das gleichgewichtige Produktionsvolumen und damit auch das Volkseinkommen durch die Realökonomie gegeben sind). Dies führt zu steigenden Zinsen, welche das Sparvolumen ansteigen lassen und die private Investitionsnachfrage senken. Beides verringert die private Nachfrage (vgl. Heise 2005: 103). Das Ausmaß ist jeweils abhängig von der Zinselastizität der Spar- und Investitionsfunktion. Der Zins ändert sich nur dann nicht, wenn die Investitionsnachfrage völlig zinsunelastisch ist (vgl. Friedman 2002: 105) oder eine Indifferenz der Privaten bezüglich der Frage, ob sie Geld oder Wertpapiere halten, vorliegt (vgl. Friedman 2002: 105). Das Problem, welches bei diesen Ausnahmen bestehen bleibt, ist, dass die Gläubiger weniger konsumieren können (vgl. Friedman 1970: 19). Eine weitere Möglichkeit ist das *Preis-Crowding-Out* (vgl. Heine/Herr 2003: 566ff): Durch die zusätzliche Güternachfrage⁵⁴ steigen nicht die Angebotsmengen (diese werden nicht von der Nachfrageseite her determiniert), sondern die Preise. Dies führt zu einem rückläufigen privaten Konsum. Schließlich kann es zu einem *direkten Crowding-Out* kommen, wenn der Staat Dinge übernimmt, für die vorher privat bezahlt wurde (vgl. Friedman 2002: 104) oder wenn er seine Ausgaben über Steuern finanziert und die private Nachfrage im Umfang der gezahlten Steuern zurückgeht (vgl. Friedman/Heller 1969: 53). Das Ausmaß des Crowding-Out ist von vielen Faktoren abhängig. In der extremsten Form wird die staatliche Politik vollständig kompensiert.

Kommt es jedoch zu einer Beeinflussung der Wirtschaft, hat dies nur geringe und negative Folgen. Der bei Keynes so wichtige Multiplikator-

53 Eine weitere Möglichkeit der Kreditfinanzierung ist die Finanzierung über die Zentralbank, d.h. das Drucken von Geld. In diesem Fall handelt es sich jedoch um Geld-, nicht Finanzpolitik (vgl. Friedman 1979: 85).

54 Bei der zusätzlichen Nachfrage kann es sich auch um zusätzliche private Nachfrage handeln, welche über den Realkasseneffekt zustande gekommen ist, dies ändert jedoch nichts daran, dass diese Nachfragesteigerung auf ein gegebenes Güterangebot trifft und somit nur die Preise erhöht (vgl. Heine/Herr 2003: 567).

effekt wird von den Monetaristen als vernachlässigbar angesehen. Die schwache Reaktion wird mit der von Friedman neu eingeführten These des ›permanent income‹ begründet. Demnach machen die Individuen ihre Ausgabenentscheidungen nicht von ihrem laufenden, sondern von ihrem Einkommen über den Lebensverlauf, dem permanenten Einkommen, abhängig (vgl. Kromphardt 2004: 223). Ein kurzfristiger Anstieg der privaten Einkommen, z.B. durch eine Erhöhung der Sozialtransfers, führt daher nicht oder zumindest in sehr viel geringerem Umfang dazu, dass die Individuen mehr ausgeben, die zusätzliche Nachfrage versickert (vgl. Ziegler 1998: 195f). Nach empirischen Berechnungen hält Friedman (2002: 107) einen Multiplikator von eins für wahrscheinlich.

Wenn die Stabilisierungspolitik Auswirkungen hätte, wäre der Versuch einer diskretionären Feinsteuerung der Wirtschaft kontraproduktiv bzw. schädlich. »Feinsteuerung‹ ist ein geradezu herausfordernder Begriff in unserem Elektronenzeitalter, aber er hat wenig Bezug zu dem, was wir in der Praxis vermögen – und ist, sollte ich noch hinzufügen, ein durchaus vielgestaltiges Übel« (Friedman 1976: 138). Eine diskretionäre Konjunkturpolitik wäre nur möglich, wenn die staatlichen Maßnahmen – sofern sie überhaupt wirken – keinerlei Wirkungsverzögerungen aufwiesen. Dies ist jedoch nicht der Fall, im Gegenteil, Friedman identifiziert gleich drei ›lags‹: zwischen der Handlungsnotwendigkeit und ihrer Erkenntnis, zwischen Erkenntnis und Handlung und schließlich zwischen der Handlung und ihrer Wirkung (vgl. Friedman 1948: 255f). Aufgrund von Informationsproblemen, dem politischen Prozess etc. sind diese lags kaum zu verringern. Die Maßnahmen wirken daher nicht antizyklisch, sondern meist prozyklisch (vgl. Ziegler 1998: 195): Sie führen der ursprünglichen Störung eine weitere Störung hinzu und verstärken damit die wirtschaftlichen Schwankungen, anstatt ihnen entgegen zu wirken (vgl. Friedman 2002: 102). Überdies verunsichert eine diskretionäre Politik die Privaten und beeinflusst damit vor allem ihre Investitionstätigkeit negativ (vgl. Kalmbach 1981: 14). Zusammenfassend sagt Friedman:

»The goal of an extremely high degree of economic stability is certainly a splendid one. Our ability to attain it, however, is limited; we can surely avoid extreme fluctuations; we do not know enough to avoid minor fluctuations; the attempt to do more than we can will itself be a disturbance that may increase rather than reduce instability« (Friedman/Heller 1969: 48).

Friedman spricht sich daher auch in der Finanzpolitik gegen ein diskretionäres Vorgehen und für eine Regelbindung aus. Die *finanzpolitische Regel* – als Äquivalent zur geldpolitischen – wird damit begründet, dass

der Staatshaushalt so groß ist, dass er die Wirtschaft zwangsläufig beeinflusst. Daher sollen die Staatsausgaben stabilisiert werden, um nicht mit erratischen Schwankungen die Wirtschaft zu destabilisieren (vgl. Friedman 2002: 100). Friedman tritt dafür ein, Ausgabenprogramme ausschließlich nach den Wünschen der Bevölkerung zu planen, d.h. danach, was die Individuen gemeinsam und nicht privat machen wollen. Kurzfristige Stabilisierungserwägungen sollen keine Rolle spielen (vgl. ebenda: 102). Dies trägt auch zu einer – gewünschten – Verstetigung des gesamten Staatshaushalts bei, da ein rezessionsbedingtes Ansteigen der Staatsausgaben in Boomphasen selten zurückgenommen wird (vgl. bspw. Fees/Tibitanzl 1997). Die Finanzpolitik soll somit entsprechend der langfristig gewünschten Staatsquote verstetigt werden (vgl. Nowotny 1999: 16). Grundsätzlich soll der Staatshaushalt so gering gehalten werden wie möglich, hier spielt auch wieder Friedmans zentrale Überlegung, die menschliche Freiheit, hinein (vgl. Friedman 1979: 101).

Fazit

Die Rolle des Staates ist bei den Monetaristen sehr gering, mit der dreifachen Begründung, staatliches Eingreifen sei nicht notwendig, nicht zielführend und schädlich. Dies ist nicht nur in der Stabilisierungspolitik der Fall, auch was die Distribution und Allokation angeht werden Staatseingriffe eher negativ beurteilt. So bleibt für die staatliche Finanzpolitik nur die Aufgabe, öffentliche Güter mit allokativer Funktion und positiven externen Effekten zu fördern (aber möglichst nicht selbst anzubieten) sowie die Armut zu bekämpfen. Die Finanzpolitik soll insgesamt stetig und regelgebunden sein (vgl. Kromphardt 2004: 225), möglichst über eine Selbstbindung der Politik (vgl. Heine/Herr 2003: 519). Sie ist wichtig für die Bestimmung des Einkommensanteils, der von der Regierung ausgegeben wird und die Festlegung, wer die Last dieser Ausgaben trägt (vgl. Friedman 1970: 24). Die Höhe des Staatsanteils sowie die Ausgaben sollen allein von den Wünschen der Individuen geleitet sein.

Grundlegend treten Monetaristen für eine Verringerung der staatlichen Interventionen ein, da sie den Staat als Ursache vieler (wirtschaftlicher) Probleme ansehen und immer wieder die Abwägung des Nutzens staatlicher Eingriffe gegen die Einschränkung der persönlichen Freiheit erfolgen muss:

»Aber solange wir lediglich die Verschwendung und Bürokratie dafür [für die steigenden Staatsausgaben, A.K.] verantwortlich machen, aber weiterhin an die Allmächtigkeit, das Wohlwollen und die Segnungen der Regierung glauben, wird die Entwicklung in Richtung auf eine noch größer werdende Regie-

rung anhalten. Dieser Trend wird so lange nicht aufhören, bis wir erkennen, daß die Regierung das Problem ist, und nicht die Lösung; daß es für die allgemeine Wohlfahrt notwendig ist, daß die Bundesregierung von ihrer Rolle als »Großer Bruder« befreit wird und zu ihrer historischen Rolle als Bewahrer des Friedens und als Schiedsrichter zurückkehrt« (Friedman 1979: 101).

Kurz gesagt: »Was wir dringend für eine stabile und wachsende Wirtschaft brauchen, ist eine reduzierte, nicht eine vermehrte Einmischung der Regierung« (Friedman 2002: 61).

Das Staatsverständnis in der Angebotsökonomie/Neuen Klassischen Makroökonomie

Überblick

In der Nachfolge des Monetarismus kamen in den 1970ern zwei Wirtschaftstheorien auf: die Neue Klassische Makroökonomie (NKM) sowie die Angebotsökonomie. Diese beiden werden hier zu einem Staatsverständnis zusammengefasst, da die NKM als makroökonomische Fundierung der Angebotsökonomie – welche eher wirtschaftspolitisch als wirtschaftstheoretisch sowie stärker mikroökonomisch ausgerichtet ist – angesehen werden kann.⁵⁵ Zu Beginn werden die Prämissen dieser beiden Theorien dargestellt.⁵⁶

Grundlegend für die NKM ist die Annahme *rationaler Erwartungen*,⁵⁷ eine Weiterentwicklung der im Monetarismus verwendeten adaptiven Erwartungen. In der *schwachen* Version dieser Annahme wird den Wirtschaftssubjekten unterstellt, dass sie die vorhandenen Informationen über die Einflussgrößen der Variablen, deren Verlauf sie prognostizieren wollen, effizient nutzen. Dies bedeutet, dass nur bis zu dem Punkt zusätzliche Informationen gesucht und verwertet werden, an dem der Grenznutzen aus den neuen Informationen den Grenzkosten der Informationssuche entspricht. Bei der *starken* Version wird zusätzlich unter-

55 Andere (bspw. Flassbeck 1982: 79) sprechen davon, dass der Monetarismus die makroökonomische Grundlage der Angebotsökonomie ist, da ersterer in der Arbeit jedoch aus den Arbeiten Friedmans abgeleitet wurde, der Staatseingriffe vehement ablehnt, ist es zur Entwicklung der Idealtypen sinnvoller, die NKM als Grundlage zu wählen, da der Staat bei der Angebotsökonomie wieder eine größere Rolle zugeschrieben bekommt.

56 Weder die NKM noch die Angebotsökonomie können auf einen Hauptvertreter zurückgeführt werden, in diesem Kapitel werde ich mich daher vor allem auf Literatur mit Übersichtscharakter beziehen.

57 Dies geht zurück auf Muth (1961: 315), seine Definition lautet: »expectations since they are informed predictions of future events are essentially the same as the predictions of the relevant economic theory.«